

Halle'sche Reform.

Volkswirtschaftlicher Rat-



geber für den Mittelstand.

Abonnements-Bedingungen.

Die „Halle'sche Reform“ erscheint am 1. und 15. jeden Monats. Der Abonnementspreis beträgt in Halle: frei in's Haus 1 M. 50 Pf. Durch die Post: 1 M. 63 Pf. inkl. Bestellgeld. (Post-Zeitungsliste Nr. 3393.) Durch Kreuzband bezogen 2 M. 25 Pf. für drei Monate. Einzelnummer 20 Pf. — Inserate: Die fünfgepaltenen Petit-Zeile 20 Pfennig.

Alle Sendungen sind an Redakteur C. Schröder, in Halle a. S. Mittelstraße 6 zu richten.

Nr. 6.

Halle a. S., den 15. März 1914.

21. Jahrgang.

Zur Beachtung!!

Der Mittelstandsband für Halle a. S. und den Saalkreis versendet die „Reform“ auf's Land mit der Bitte, diese Zeitung bei dem zuständigen Postamt zu bestellen. Die Briefträger nehmen die Bestellungen auch entgegen.

Bezugspreis pro Quartal 1,60 M.

Warum sind Sie so reger Antisemit?

Mit dieser Frage pflegen die Mitbürger an mich heranzutreten. Die Belehrung wäre zu lang, darum gebe ich stets zur Antwort: „Aus Ueberzeugung!“

Ich werde versuchen, diese durch nachstehende Ausführung auch bei den irreführten Mitbürgern zu wecken. Der Grundgedanke ist der:

Die Zukunft unseres Volkes hängt zu einem großen Teile davon ab, ob es gelingt, es mit zuverlässigem Nationalgefühl und mit klarem, politischen Verständnis zu erfüllen. Wie wenig der Deutsche heute sein wahres Interesse versteht, wie leicht er sich durch Schlagworte betören läßt, das wissen wir nur zu gut. Mit Recht erblickt man deshalb in der Erziehung unserer Jugend zu bewusster und tätiger Einordnung in die staatliche und völkische Gemeinschaft eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart, aber auch die Erwachsenen sind der nationalpolitischen Bewußtsein und Erziehung noch recht bedürftig. Gewiß ist auf diesem Gebiete schon von den Parteien manches geleistet und eine Reihe von nationalen Vereinen und Verbänden sind eigens für diese Arbeit begründet worden. Aber der Erfolg steht zu der Mühe und den angewandten Mitteln noch immer in keinem rechten Verhältnis. Es ist in der Regel immer wieder derselbe Kreis ohnehin schon nationalgesinnter Männer, der von der Arbeit dieser Verbände erfährt und ihre Organe, ihre Flugblätter und Flugblätter und Reden verwehen im Winde, nur fortwährende Einwirkung ist heutzutage eben nur durch die Presse möglich.

Leider hat das Volk Juda sein Ziel, die gesamte Presse in seine Hände zu bekommen, erreicht. Die Presse leistet

Frontdienste für das jüdische Volk.

Von der bläbrotten bis zur blutroten Zeitung aus geschäftlichen Interessen — feste Judeninkassate — ihres Verlegers. Aus diesem Grunde kann man die Angst des Verlegers wohl begreifen und die Macht der jüdischen Tyrannen erkennen.

Die politische Belehrung, die wir brauchen, gibt uns unsere Presse nicht.

Noch ist die große Mehrzahl der Deutschen aus jünger Gewohnheit und aus lokalen Interessen auf bürgerliche Blätter abonniert. Was findet er da? — Nun, meistens findet er nichts als leere Schlagwortkämpfe, ohne ernsthaften sachlichen Gehalt geperrt, und meist wird er mit mageren Phrasen-Suppen abgepepft, mit halb konservativen, halb liberalen Geschmackszutaten. Das Politische wird mehr und mehr überwuchert durch das Unkraut des Lokalen und des Vermischten. Unsere Presse ist davon abgekommnen, klare, sachliche Denke und warmes nationales Empfinden bei den Lesern zu erwecken, mit Vorliebe wird gehecht mit den Schlagworten: Liebesgabe, Großblock, lächerlicher Jolltarif, Mittelstandspolitik, unerbittlicher Wertzuwachs, Schutz der Arbeitswilligen. Das ist ein Teil der vielen unfruchtlichen politischen Schlagwörter, die dem Zeitungsläser je nach Umständen angenehme Empfindungen oder ein gelindes Grufeln verursachen, meist ohne daß

er auch nur annähernd weiß, was sie denn eigentlich bedeuten und welcher Tatbestand ihnen zu Grunde liegt. Die wichtigste Aufgabe der Presse besteht hier also darin, daß sie zunächst den Streitgegenstand selbst und dann die Standpunkte der verschiedenen Parteien und die Gründe, die diese anführen, so sachlich und objektiv wie nur irgend möglich auseinandersetzt. Geschieht das, so verliert das Schlagwort den größten Teil seiner Kraft, denn nun kann jeder sich selbst ein Urteil bilden, und wer erfolgreich kämpfen will, der muß jetzt mit Gründen kämpfen.

Die Not ist groß und liegt offen zutage. Der Kaufmann, der Handwerker, der mittlere Landwirt u. a. m. wissen heute nicht mehr, wie sie ihr Dasein aufrecht erhalten können.

Dyferwilligkeit und Idealismus, starker Wille und politischer Verstand haben vor hundert Jahren Deutschland aus der Knechtschaft befreit und zu einem neuen staatlichen und völkischen Leben den Grund gelegt. Heute gelten diese Ideale als gänzlich verloren, das Volk sieht sich wohl in dem eingerissenen Schlemmerleben, unbekümmert, wohin dies führt.

Was Stein und Scharnhorst und die anderen Großen damals begonnen haben, das muß die Gegenwart fortführen.

Um dies zu ermöglichen, ist es unsere Pflicht, unsere inneren Feinde,

das Judentum

zu bekämpfen, nicht um dessen Person, sondern um des jüdischen Geschäftsgebahrens willen und aus dem Grunde, weil das Judentum Förderer der Sozialdemokratie, der Umsturzpartei, ist.

Bevor nicht diese Feinde besiegt sind, wird der Existenzkampf, namentlich für den Mittelstand, in den völkischen Ruin auslaufen.

Aus diesen Gründen bin ich überzeugter Antisemit.

Erst dann, wenn der Deutsche den Humanitätsdünkel abgelegt hat und offen in den Kampf eintritt, dann wird das deutsche Volk sich in der Welt behaupten, nur dann wird es der Menschheit das leisten, wozu es berufen ist, wenn es gelingt, im Geiste des Freiherren v. Stein Volk und Staat immer mehr zu einer Einheit zu verschmelzen. Und dazu soll

die „Halle'sche Reform“

an ihrem Teile helfen.

Wer mich nicht verstehen kann und will, dem wollen wir versuchen, durch folgende Tatsachen die Augen zu öffnen:

Jüdischer Hohn.

Vor kurzem hielten uns die Juden durch die Doktoren Moses, Bernheim usw. planmäßig und zielbewußt Vorträge über „Mutterfreud“.

Sie haben also die Dreistigkeit, die Deutschen aufzufordern, auszustehen, Blah zu machen für sie, die Juden, in deren Hände dann alles gar fällt, was deutscher Fleiß geschaffen.

Die jüdische Frechheit geht aber noch weiter. Nachdem die Juden uns alles gestohlen (die Juden sind 1 Prozent der deutschen Bevölkerung, haben aber 75 Prozent des deutschen Vermögens in Händen) hält Fräulein Alice Salomon uns Vorträge über Charitas (Mildtätigkeit).

Der reine Hohn!

Weiter: Nachdem die Juden alles getan haben, das deutsche Familienleben zu zerrütten, das deutsche Volk zu vergiften, ist die Rabbinergattin Henriette Goldschmidt Vorsitzende des „Vereins für Familien- und Volkserziehung zu Leipzig“.

Der reine Hohn!

Weiter: Nachdem die Juden systematisch die deutschen Geschäftsleute ruinieren haben und Abertausende

von den ihnen dadurch als Sklavinnen ausgelieferten deutschen Mädchen der Schande in die Arme getrieben haben, hält uns die Rabbin Henriette für Vorträge über Unfruchtlichkeit (Prostitution zu Leipzig).

Der reine Hohn!

Weiter: Nachdem die Juden die deutschen Männer aus dem Geschäft gedrängt und so dem Trunk zugetrieben haben, hat Frau Anita Bessner zu Leipzig die Zeitung des alkoholgegnerischen Anguste-Schmidt-Haases, einer deutschen Stiftung zu Leipzig. Als ob es nicht Hunderte von deutschen Frauen gibt, die für diesen guten Posten geeignet wären.

Überall in der Frauenbewegung führen Jüdinnen das große Wort und die oben erwähnte Rabbinergattin Goldschmidt ist auch im Vorstand der neugegründeten Frauenhochschule zu Leipzig.

Ist es nicht eine Schmach, daß die Frauen der deutschen Stadt Leipzig so ganz von Jüdinnen geführt werden? Könnten sie sich nicht vom jüdischen Leitfaden frei machen?

Wie aber auch die deutschen Männer von den Juden am Narrenseil geführt werden, das geht am deutlichsten aus folgendem hervor.

Wir haben in Deutschland eine sogenannte Volksvertretung, welche man gut mit dem Schmalzer der kleinen Kinder vergleichen kann.

Das Kind saugt daran im guten Glauben, daß es aus demselben etwas herausaugen kann.

Dem Volk gibt man zur Verwirrung ein Parlament, um ihm die Idee zu geben, daß es vertreten sei.

Wie aber diese Vertretung beschaffen ist, das zeigt die hohnvolle Tatsache, daß als Vertreter des arbeitenden deutschen Volkes jüdische Kapitalisten aufgestellt sind. Daher kommt es, daß diese Vertreter eitel Spiegelfechterei treiben und dem Kapitalismus im Ernst kein Haar krümmen.

Diesem Kapitalismus, der in Wahrheit regiert, wie des Kaisers Vertrauter Nathenau ganz richtig sagt: „Nicht die Fürsten regieren, sondern ein Bund von jüdischen Männern regiert.“

Ob wohl der Kaiser diese Aeußerung gehört hat? Wenn er von derselben gehört hätte, so konnte er doch nicht mit diesem Juden Nathenau vertreiben.

Die deutschen Männer werden ebenso wie die deutschen Frauen von den Juden genasführt mit blutigem Hohn.

Ein Prediger in der Wüste.

Der Rabbiner Dr. Länger in Göttingen erklärt in der „Straßburger Israelitischen Wochenschrift“, daß es eines Juden unwürdig sei, sich an Rennen zu beteiligen und sie durch Wetten zu fördern. Er sagt, ein Jude darf keine Tierquälerei fördern; ein Jude darf nicht auf Wettgewinne spekulieren. Mit beiden fetze der Jude in scharfem Gegensatz zu seiner Religion.

Danach ist zu erwarten, daß man hinfort auf den Rennplätzen keine Juden mehr zu Gesicht bekommen wird. Heil!

Eine „saine“ Kampfweise.

Zu den hervorredendsten Masseneigentümlichkeiten des Judentums gehören betamlich Haß und Raubsucht. Das alte Testament weist zahlreiche Beispiele auf, wo diese Masseneigentümlichkeiten in erschreckender Weise zum Ausdruck kommen. Wie finden die Juden beispielsweise nicht mit den von ihnen besiegten Völkern verfahren! Haß und Rachsucht feierten da Orgien, denen wir einfach verständnislos gegenüberstehen, wenn diese grausamen Charakterzüge nicht auch heute noch im allgemeinen das Judentum ziert. Die Juden des alten Testaments betrachteten jedes fremde Volk als minderwertig, als eine Nation von Sklaven, eigens zu ihren Diensten geschaffen. Und auch heute noch sieht der Jude selbst da, wo er die

Gaßfreundschaft der christlichen bzw. arischen Völker geniert, auf diese als ihm nicht „ebenbürtige“ Nationen herab. Und von welchem Gah und von welcher Nachsicht gegenüber allem Nichtjüdischen sind gewisse hebräische Schriften und Bücher, die sich auch heute noch in den weitesten jüdischen Kreisen größten Ansehens erfreuen, diktiert!

Namentlich betrachten die Juden jede Kritik der Anwürfe des Judentums als ein crimen laesae majestatis, als ein Majestätsverbrechen gegen das jüdische Geblüt und machen den Kritiker zum Gegenstand eines oft geradezu infernalischen Hasses.

Und du, deutscher Michel, nimmst dies ruhig hin?

Mittelstandspolitik.

Wenn ein großer Teil der Mittelstandsfragen auch vor das Forum der Einzelkammer gehört, so unterliegt doch auch eine nicht unbedeutende Anzahl von Maßnahmen, die Interessen dieses Standes betreffen, der Entscheidung des Reichstages. Es entspricht deshalb nur der berechtigten Bedeutung des Mittelstandes, wenn auch der Staatssekretär des Innern in einer längeren Rede im Reichstage sich mit der Mittelstandspolitik beschäftigt. Wer sich der Kämpfe entsinnt, welche die Parteien Jahre und Jahrzehnte hindurch geführt haben, um den berechtigten Forderungen des Handwerks und des gesamten Mittelstandes Geltung zu verschaffen, den wird es mit Genugtuung erfüllen, daß die Reichsregierung heute, wie es die Ausführungen des Herrn Staatssekretärs zeigen, sich die Anschauungen über die Entstehung und die Gründe der heute regierungsseitig unumwunden anerkannten Notlage des Mittelstandes zu eigen macht, die von Seiten der Rechten und derer die mit ihnen am gleichen Stränge zogen, von jeder vertreten worden sind. Und wenn auch von dieser Seite vielleicht der Optimismus des Ministers nicht ganz geteilt werden mag, daß „allseitig der gute Wille zur Mitarbeit bei Lösung der schwersten Mittelstandsfragen vorhanden sei“, so wird doch die Tatsache, daß auch auf Seiten der Liberalen es für notwendig erachtet wird, ein mittelstandsfreundliches Gesicht zu zeigen, die Mittelstandsfreunde der Rechten mit einer gewissen Genugtuung erfüllen. Denn es läßt sich nicht leugnen, daß es wesentlich dem Umfange, daß die Rechte stets unentwertet für die berechtigten und notwendigen Forderungen des Mittelstandes eintrat, zu danken ist, wenn heute selbst der radikale Liberalismus es für notwendig hält, um nicht alle Anhänger aus den mittleren Erwerbskreisen zu verlieren, wenigstens mittelstandsfreundlich zu reden; die Parteien pflegen ja hinter den schönen Worten meist verhehlich zurückzubleiben. Dem Herrn Staatssekretär wird man sicherlich glauben können, daß die Regierung, soweit ihm Einfluß reicht, die Förderung des Handwerks und seiner berechtigten Wünsche als erste Aufgabe ansieht. Nur wird ihm aus Mittelstandskreisen vielleicht eingewendet werden können, daß das, was fernerwärts als berechtigte Wünsche angesehen wird, nicht vollkommen dem entspricht, was die beteiligten Kreise als wünschenswert, zweckmäßig und erforderlich erachten. So wird es gewiß von vielen bebauert werden, daß der Herr Staatssekretär eine allgemeine, groß angelegte Enquete über die Lage des gesamten Handwerks für technisch so schwierig und finanziell so kostspielig hält, daß er glaubt, davon absehen zu müssen. Immerhin aber zeigen die Tatsachen, die der Staatssekretär über Teilermittlungen, die schon angefallen, und andere, die in Aussicht genommen sind, vor Kenntnis brachte, daß man heutzutage den Handwerfern ein anderes Interesse entgegenbringt, als früher, wo die Resolutionen zumunsten des Handwerks kaum beachtet wurde und Petitionen, hinter denen viele Kreise des Handwerks standen, in den Parlamenten durch einfachen Uebergang zur Tagesordnung erledigt zu werden pflegten.

Von den zahlreichen Einzelfragen der Mittelstandspolitik, die der Staatssekretär berührte, waren seine ausführlichen Darlegungen zur Frage des Verbindungswesens von besonderem Interesse. Er erkannte ohne weiteres an, daß auf diesem Gebiete Mißstände vorhanden seien und wie insbesondere darauf hin, daß unser ganzes Verbindungswesen auf der Voraussetzung beruhe, daß eine große Zahl von Konkurrenten vorhanden seien, die durch ihr Angebot preisausgleichend wirken. Diese Voraussetzungen kämen aber in Wegfall, wenn an die Stelle zahlreicher Konkurrenten Erbsitz treten. Einer gewissen Regelung möchte der Staatssekretär nicht das Wort reden, hält die Angelegenheit vielmehr für eine solche, die im Verwaltungswesen zu lösen sei. Sympathisch begrüßt er den Vorschlag des Handels- und Gewerbekammerpräsidenten, eine Zentralfstelle zu errichten. Wenn diese, wie die gesamten Ausführungen des Staatssekretärs in den beteiligten Kreisen auch nicht gerade alle süßen Hoffnungen auslösen werden, so zugen es doch immerhin davon, daß auch das Reichsamt des Innern sich der Notwendigkeit, an der Fürsorge für den Mittelstand eingehend mitzuarbeiten, nicht entziehen will.

Das deutsche Volk ist doch mündig und braucht nicht mehr auf schöne Worte zu hören, denen die Taten nicht folgen. Der Deutsche soll sich seiner Kraft

wieder bewußt werden und nach deutscher Art handeln, die darin besteht:

Wir kaufen nur bei Deutschen und nicht bei Juden!

Wenn dieser Grundsatz festgehalten wird, dann werden wir die Schadefrüden und die Warenhäuser, wo nur billiger Schund für teures Geld eingetauscht wird, bald verschwinden sehen.

Für diejenigen, die die Warenhäuser für eine Wohltat ansehen, diene nachstehende Judenlehre zur Aufklärung:

Warenhaus-Praxis.

Die in Leipzig bestehende Schutzgemeinschaft für Handel und Gewerbe fährt fort, den unsauberen Machenschaften der Warenhäuser scharf auf die Finger zu passen und ihnen eine Niederlage nach der anderen beizubringen. Es sind besonders die schwindelhaften Anpreisungen der Warenhäuser, die die Leipziger Schutzgemeinschaft an den Pranger zu stellen nicht. Sie verfährt so, daß sie von den angepriesenen Waren in der Stille Proben kauft und durch Sachverständige untersuchen läßt. Dabei ergibt sich dann zumeist, daß die Waren besonders in ihrem Material, durchaus den Anpreisungen nicht entsprechen. So mußte dieser Tage das edle Kaufhaus Brühl wieder zwei Gerichtsurteile veröffentlichen, worin seine unehrliche Praxis bloßgestellt wurde. In dem einen Urteiließ es: „Der Beklagte wird bei Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder einer Haftstrafe bis zu 6 Monaten für jeden Fall der Zuwiderhandlung unterlagt, in Mitteilungen, die für einen größeren Kreis von Personen bestimmt sind, zu behaupten und zu verbreiten, daß die von ihr für 23,75 Mt. angebotenen und verkauften Chaiselongs mit 32 Sprungfedern äußerst solide und saubere Polsterarbeiten bei Verwendung nur besten Materials enthielten.“

In dem anderen Falle wurde das Kaufhaus Brühl unter der gleichen Strafandrohung verurteilt: „daß für zu sorgen, daß durch ihre Angestellten nicht behauptet und verbreitet wird, die von ihr zum Verkauf gestellten Kamelhaar-Dauschuh für Damen zum Preise von 2,45 Mt. für das Paar, hätten eine Kernleder-Sohle.“

Würde in allen Städten in gleich nachdrücklicher Weise gegen die großen Schwindel-Geschäfte vorgegangen, so würden diese die Ausbeutung der Käufer bald nicht mehr so erfolgreich betreiben können.

Der „billige“ Fleisch in einem Warenhause.

In der betannten marktgerichtlichen Weise kündigte das Warenhaus Gebr. Barack zu Breslau einen Preisnachschlag für Fleisch an. Nach ehe das Publikum einen nachträglichen Nutzen dieses „billigen“ Fleischverkaufs sich zu eigen machen konnte, erschienen nach der „Allgemeinen Fleisch- und Wurst-Zeitung“ Beamte der Gesundheitspolizei und beschlagnahmten in einer Emailwanne befindliche Spigbeine, welche eine blaugrüne Farbe zeigten. Kurze Zeit darauf gelangten die Spigbeine in das chemische Untersuchungsamt, wo durch den Polizeiarzt Dr. Hoffmann deren hochgradige Verderbenheit festgestellt wurde. Die Spigbeine waren aufgedunsen und hatten an vielen Stellen schwarze Flecke aufzuweisen. Das Fleisch war schmierig und stündte einen nachhaften Fäulnisgeruch von sich. Da die Firma Barack das Fleisch von dem Lieferanten August Schneider in Breslau bezogen hatte, wurde die Klage gegen den Verkäufer Richter, der das Fleisch im Warenhause feilgeboten hatte, erhoben. Jetzt hatte sich dieser und auch der Expedient Schneiders, Walter, der die Spigbeine herausgegeben hatte, wegen fahrlässigen Nahrungsmittelvergehens vor dem Breslauer Schöffengericht zu verantworten. Der Verteidiger der Angeklagten führte aus, daß doch in erster Linie die Firma Barack bzw. deren Angestellte verantwortlich gemacht werden müssen, denn diese hatten doch die Kontrolle des Fleischverkaufs auszuüben. Richter habe ja nur auf Anordnung der Firma Barack das Fleisch ausgepackt. Das Gericht beschloß demgemäß, die Verhandlung zu verlagern und zur nächsten Verhandlung einige Angestellte der Firma Barack zu laden.

Juden begehren solch Schweinefleisch sicher nicht, Barack wollte somit nur die Christen „beglücken“! Michel merkst du noch nichts?

Solches Judentum will ich nun eng verbunden mit der Umfurzpartei und deren Bestrebungen, dieses hat der Feldherr Bebel mit der Wallonmütze offen ausgesprochen: Er führte aus:

Wie sehr die preussische Annexionspolitik, diese Revolution von oben, zur Schrittmacherin für die Revolution von unten geeignet ist, hat der verstorbene August Bebel bei verschiedenen Gelegenheiten zutreffend ausgeführt. In der Tat hat auch selten etwas der Idee vom Gottesgnadentum einen so schweren Stoß gegeben als 1866 die Abweisung der Herzogin von Hannover und Kurfürsten durch Preußen. Schon im Reichstag des Norddeutschen Bundes sagte hierüber Bebel am 24. Mai 1870: „Der Herr Bundeskanzler (Bismarck) hat meiner Uebersetzung nach mehr wie jeder andere — und das ist das einzige Verdienst,

was ich in seiner Tätigkeit erblickte — dafür gefordert, daß in der öffentlichen Meinung der Glaube an das Gottesgnadentum vollends heruntergebracht und untergraben ist. Meine Herren, wenn man, wie der Herr Bundeskanzler 1866, mit Fürstentronen spielt, sie ohne weiteres abschlägt und in die Tasche steckt, dann muß es dahin kommen, daß in der Masse des Volkes, wo etwa der Glaube an die Unumschließlichkeit des Gottesgnadentums noch existiert, derselbe vollständig zerstört wird.“

Am 18. März 1898, dem 50. Jahrestag der Berliner Revolution, sagte Bebel im Reichstag:

„Wer hat denn die Fürsten von Gottes Gnaden 1866 zum Teufel gejagt? Das Volk? Das war ein Fürst von Gottes Gnaden, der damalige König von Preußen, und wenn man so mit seinem eigenen Herrn Better von Gottes Gnaden aufräumt, dann hat auch das Volk das Recht, eines Tages ebenio aufzuräumen. Was dem einen recht ist, ist dem andern billig.“

So leitete Bebel aus der preussischen Annexionspolitik von 1866 ohne weiteres das „Recht“ der Sozialdemokratie zur — Annexion der Monarchie her!

Nach der Mittelstandsrede des Staatssekretärs Dr. Delbrück sucht man vergeblich nach einer Aussicht auf gründliche Beseitigung der Ursachen der Schäden.

Der Detailhandel,

soweit nicht Konsumvereine und Warenhäuser in Frage kommen, ist von den Ausführungen Dr. Delbrücks nicht ganz befriedigt. Er hätte erwartet, daß die Regierung in der Frage der Beamten-Konsumvereine die gleiche Entschiedenheit gezeigt hätte, wie bei dem Verbote des heimlichen Warenhandels der Beamten. Der legitime Detailhandel, der durch den Beamtenhandel und die Beamten-Konsumvereine, durch Kaufhäuser für die Arme und die Marine, durch den Lebensmittelhandel der Städte und die Konzentrationsformen des Kleinhandels in allgemeinen Konsumvereinen und Warenhäusern zu einem bitteren Kampfe um seine Existenz gezwungen wird, und der in diesem Kampfe zu unterliegen droht, kann sich nicht dabei beruhigen, wenn der Staatssekretär sagt:

„... Ich bin der Meinung, daß sich die Beamten bei dem gemeinamen Bezuge von Waren eines großen Taktes befleißigen müssen, und daß, wenn man auch nicht jeden gemeinamen Warenbezug von Beamten verbieten kann, es doch unzulässig ist, wenn der gemeinamere Warenbezug von Beamten schließlich den Charakter einer großen geschäftlichen Veranstaltung unter Ausnutzung dienstlicher Räume, Schreibstühle usw. annimmt. (Wo ist hier die Grenze zu ziehen? Der Verf.)

Meine Herren, ich will auf das Gebiet der Konsumvereine im einzelnen nicht eingehen. Die Frage ist sehr schwierig. Man kann, wenn man auf der einen Seite Genossenschaften für das Handwerk fördert, sogar mit öffentlichen Geldmitteln unterstützt, nicht Genossenschaften für andere Leute zugunsten des Handwerks verbieten. . . Hier im Wege der Gesetzgebung eingzugreifen, halte ich, soweit ich die Dinge übersehen kann, für ausgeschlossen.“

Wenn man bedenkt, daß die Beamten, die der Detailhandel an die Regierungen und Parlamente gerichtet hat, Hilfslose aus der tiefsten Not sind, dann wird man es auch verstehen, daß das Nein, das aus dem — gewiß wohlwollenden — Versicherung des Herrn Staatssekretärs herausklingt, von den Betroffenen als eine direkte Preisgabe an die ihnen feindlichen Gewalten aufgefaßt wird. So etwas schmerzt tief, und den Verbänden, die an die Zukunft des Detailhandels auf Grund gewissenhafter Untersuchungen glauben, wird es schwer fallen, das Gefühl völligen Verlassenheits mit allen seinen schlimmen sozialen und politischen Begleiterscheinungen von der großen Masse der Kleinhandwerker zuhalten.

Von dem Haus- und Grundbesitz

ist bei der jetzigen Mittelstandsrede des Reichstages so gut wie gar nicht die Rede gewesen. Man erinnert sich dieser mitternächtigen Gruppe des Mittelstandes, wie ein Reichstagsabgeordneter zutreffend bemerkte, gewöhnlich nur dann, wenn es Laster zu verteilen gibt. Der gewerbliche Mittelstand, der eng mit dem Haus- und Grundbesitz verbunden ist, wird auch im gegenwärtigen Augenblick bestrbt sein müssen, daß die Hausbesitzerorgane, soweit sie allgemeiner Natur sind, im Zusammenhang mit der gesamten Mittelstandsfrage erörtert werden. Später werden wir hierauf noch in einem besonderen Aufsatze zurückkommen.

Dem Mittelstande entgeht ferner die Kenntnis der Rechtspflege. Um diesen vor Schäden zu wahren, hat der

Mittelstandsbund für Halle a. S. und den Saalkreis eine

Rechtsauskunftsstelle

eingerrichtet.

Beachten Sie!

Beachten Sie!

Zeitgemäße Winke.

Wenn auch im Notfalle der gesunde Menschenverstand lehrt, was Recht und Unrecht ist, auch der wohlmeinende Freund und Nachbar der Ansicht beipflichtet, so steht im Geleze doch öfter anders geschrieben, darum soll man nicht in Rechtsstreitigkeiten seinen gefunden Menschenverstand fragen, sondern sich Informationen holen in der

Rechtsauskunftsstelle für den Mittelstand in Halle a. S., Mittelstraße 6 II.

Sprechstunden 9-12 Uhr vorm., 3-6 Uhr nachm., auch Sonntags von 9-12 Uhr.

Gegen angemessene Gebühren werden Auskünfte über alle Rechtsfragen erteilt; Eingehung von Forderungen, auch völlige Prozeßführung bei den Amts- und Landgerichten übernommen; Verträge jeder Art; Testamente entworfen; Außergerichtliche Vergleiche herbeigeführt; Buchführung nach Wahlweise für die Einkommensteuer-Voranzahlung übernommen. — Da Unkenntnis des Gesetzes nicht vor dem Reinsfall schützt, kann man nicht erst fragen, wenn es zu spät ist.

Der Vorstand

des Mittelstandsbundes für Halle und den Saalkreis.

Der nun immer noch im Zweifel ist, warum der Verleger der „Halleischen Reform“ ein so scharfer Antisemit sein kann, dem wird auch nicht geholfen werden können. Wir wollen ihnen aber noch ins Gedächtnis rufen:

Die Juden handeln mit Menschenfleisch.

Das Landgericht Beuthen verurteilte den König der Mädchenhändler Lubinski zu 9 Jahren Zuchthaus und 12000 Mk. Geldstrafe.

Himmelschreiende Judenverfolgung das, nicht wahr, deutscher Mitleid?

Wer politischen Verstand und starken Willen in sich trägt, der werde Absonnerer der

Halle'schen Reform.

Der strebe mit dahin, daß die Zeitung jede Woche und oft herausgegeben werden kann. Mk. 1,50 für drei Monate kann wohl ein jeder opfern.

Halle.

* **Glaube und Tat.** (Moritz Diesterweg's Verlag in Frankfurt a. M.) Zu beziehen durch jede Buchhandlung. Jahresbezugspreis Mk. 2,50. Einzelne Nummer 25 Pf.

Die sieben erscheinende Märznummer enthält vom Herausgeber Pfarrer Julius Werner u. a. einen Artikel, der die Kreise interessieren dürfte: „Die Entwicklung des deutsch-evangelischen Frauenbundes und die Harmonisiertheit seiner Gönner.“ Oberlehrer Oberhofen in Kiel schreibt „über die problematische Wirkung der Einheitsgültigkeit im Sinne der sozialen Veröhnung.“ Andere Beiträge haben geliefert: Alexander Bömel, Paul Hoche, R. E. Knobi und August Brüggemann.

Bekanntmachungen

der Rechtskonsulentenzinnung für die Provinz Sachsen, Thüringische Staaten und das Herzogtum Anhalt.



Ermaunung!

Die Herren Kollegen sollen sich stets vor Augen halten, daß die Zinnung nur vorwärts kommen kann, wenn in allen ihren Gliedern ein stetiges Arbeiten, ein unaufhörliches Vordrängen sich bemerkbar macht.

Wehr Mitarbeiter!

„Trenhandinstitute“ als Schwindelfirmen.

In letzter Zeit suchen verschiedene Grundstücksvermittlungsschwindler durch einen neuen Trick das unkundige Publikum zu betriegen. Sie fügen ihrer Firma die Bezeichnung „Trenhandinstitut“ oder „Trenhandgesellschaft“ bei und erwidern dadurch in dem Walle den irrigen Glauben, als handle es sich bei ihrem Unternehmen um ein besonders vertrauenswürdiges Geschäft, das im allgemeinen Interesse begründet sei. In

Wirklichkeit betreiben sie ihr Geschäft in der gleichen Weise, wie die bekannten Grundstückschwindler. Sie beschäftigen höchst zweifelhafte Personen als Vertreter, die mit allen, auch unerlaubten Mitteln Grundstücksverkäufer derart bearbeiten, daß sie ihnen einen Verkaufs- und Inzertionsauftrag für ein wertloses Ofterienblatt mit vielgelobtem Namen erteilen. Die Schwindler haben es nur auf die Erlangung der hohen Inzertionsgebühren, die Reisenden nur auf die unverhältnismäßig hohen Provisionen abgesehen. Eine Vermittlerfähigkeit wird nicht oder nur in ganz geringem, zu den Vorwürfen in keinem Verhältnis stehenden Maße entwickelt. Derartige Unternehmen sind nicht berechtigt, die Bezeichnung „Trenhand“ in ihrer Firma zu führen.

Es wird dringend gebeten, einschlägiges Material der Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen in Lübeck, Parade 1, zu übersenden. Diese Stelle erteilt auch gern den in Mitleidsenschaft gezogenen Personen an Hand ihres Materials Auskunft.

Auch in Halle a. S. hat sich eine „Trenhandgesellschaft“ m. b. H. aufgelöst. Die Bekanntmachung über Eintragung in das Handelsregister läßt den Lesern wissen, daß u. a. ein Gesellschafter eine Schreibmaschine, ein zweiter sogar zwei Schreibmaschinen eingebracht hat.

§ 91. **Recht des** Die Kosten des Mahnverfahrens sind ganz zu erstatten, wenn die Gläubigerin zunächst durch einen Anwalt ihres Wohnortes wegen einer Forderung von über 600 Mk. Zahlungsbefehl erwirkt hat und bei Widerspruch des Schuldners der Prozeß bei einem andern Landgericht geführt worden ist, wenn der Klägerin stand unter den in der ZPD. angebotenen Verfahrensarten die Wahl frei. Das Mahnverfahren gehört als vorbereitender Akt zum Rechtsstreit. Die Partei kann sich auch im Mahnverfahren eines Anwaltes bedienen (§ 91 ZPD.). Die Mehrkosten, die durch einen Wechsel in der Person des Anwaltes entstehen sind, sind zu erstatten, weil der Wechsel eintreten mußte. Der im Mahnverfahren tätige Anwalt war am Prozeßgericht nicht zugelassen. (OLG Düsseldorf 21. 5. 12, S. W. 1913, 230.)

§ 91. **Kosten des Zivilanwalts.** Jede nicht am Orte des Prozeßgerichts wohnhafte Partei ist in allen Fällen befugt, einen Zivilanwalt zur Beforgung des Verkehrs mit dem Prozeßbevollmächtigten anzunehmen, und die Befragung der dadurch entstehenden Kosten zu beanspruchen. (Ständige Rechtspr. v. OLG. Berlin, Beschl. v. 15. 10. 12, Z. W. 1913, 350.)

Diese Entscheidung steht mit der Rechtslehre und der Rechtsprechung im Widerspruch. Die Gebühr des Verfahrensrechts ist danach nur dann erstattungsfähig, wenn mit Rücksicht auf die Schwierigkeit der Sache oder Rechtslage die Partei nicht instande war, den Prozeßbevollmächtigten selbst zu informieren.

§ 122. **Mit dem Tode der Partei erlischt das Armenrecht** mit allen seinen Nachwirkungen. Für den Erben fällt die auf dem Armenrecht des Erblassers beruhende Stundung ohne weiteres weg, die Kostenschuld der verstorbenen Armenpartei ist Nachlassschuld (vgl. Rittmann 5, Ann. 18 zu § 86). Einer Anordnung der Nachzahlung, wie Seuffert, Ann. 1 zu § 125 ZPD. sie fordert, bedarf es daher nicht. (OLG. Konstanz 14. 4. 13, I. Z. H. 360/07.)

§ 1944. **Erbschaftsausgleichung. Zeitbeginn.** Die Ausgleichungsfrist beginnt spätestens mit dem Zeitpunkt, in welchem der pflichtteilsberechtigte Erbe von dem Testament und der darin enthaltenen Beschränkung seines Erbteils Kenntnis erhalten hat. Zweifel über die rechtliche Auslegung oder die Gültigkeit des Testaments hindern den Beginn der Ausgleichungsfrist nicht. (OLG. Köln 4. 5. 12, Rhein. Arch. 110, 255.)

§ **Die Kalbprobe.** Die „fahrenden Leute“, Musikanten, Tänzer, Gaukler, Narren u. dgl. galten im 13. und 14. Jahrhundert für rechtlos, sodaß die ältesten Gesetze auf die Ermordung eines fahrenden nur Scheinbußen setzten. Eine solche bestimmte das „Gotländische Recht“, das lange in Schweden galt, in der „narrischen Kalbprobe“. Sie erklärte: „Wer einen Spielmann erschlägt, soll ein dreijähriges Kalb und dazu ein Paar neue Handschuhe kaufen. Letztere hat er mit Fett zu bestreichen und den Erben des von ihm Erschlagenen auszuhandigen. Hierauf wird das Kalb auf einen Berg geführt und der Erbe des Fahrenden muß den Schwanz des Tieres in die Hand nehmen. Kann er mit dem fettigen Handschuhen das Tier halten, so ist es kein; wo nicht, so hat er sein Recht auf anderweitige Buße verloren.“ Wie ist das in der neuen Zeit anders geworden.

Wider den „heimlichen Warenhandel“.

Der geschäftsführende Ausschuß der Kleinhandelsabteilung der Anhaltischen Handelskammer beschäftigte sich mit den Schädigungen, die der sog. „heimliche Warenhandel“ den offenen Detailgeschäften zufügt. Der Ausschuß hat der Kammer zur Bekämpfung dieses Handels folgende Vorschläge gemacht: An sämtliche Behörden, sowie an die Großbetriebe im Herzogtum Anhalt die Bitte zu richten, von einem gemeinsamen Bezug von Waren für ihre Angestellten oder Arbeiter

nach Möglichkeit abzusehen und ihren Beamten u. nahe-zulegen, ihre Einkäufe bei ortsangehörigen Firmen zu bewerkstelligen. Ferner sind folgende gezielte Maßnahmen zu beantragen: Zusatz zu § 14 der Reichsgewerbeordnung: „Anmeldepflichtig ist jede Art der Warenvermittlung.“ Bei der für die Anmeldung zuständigen Behörde ist eine alphabetisch geordnete Liste aller angemeldeten Betriebe zur Einsicht für jedermann anzulegen. Jeder Angestellte oder Beamte hat zur Eröffnung des Warenhandels die schriftliche Genehmigung seines Prinzipals oder der Dienstbehörde beizubringen. Die Eintragung in die Liste ist zu verweigern, so lange die schriftliche Genehmigung nicht vorliegt. § 15 a der Gew.-O. ist dahin zu ergänzen, daß auch derjenige, der Waren vermittelt, ohne einen offenen Laden zu haben, an seiner Wohnung den Familiennamen mit mindestens einem ausgeschriebenem Vornamen und eine Bezeichnung anbringen muß, aus der die Art des Geschäftsbetriebes klar hervorgeht. Jeden Handelsbetrieb bzw. Warenvermittlung jedweder Art mit einer einmalig zu erhebenden Stempelsteuer von 50 Mark zu belegen und die Strafbestimmungen § 148 Ziffer 1 entsprechend zu ergänzen.

Mal und Fern.

— In Berlin sollen wieder 82 wohnende türkische Untertanen Gestaltungsbeschele zu „militärischen Leistungen durch das Konsulat erhalten haben. Item seien in den Essener Krupp-Kanonenfabriken die Arbeitseiten um wöchentlich 18 Stunden vermehrt worden, zur Erledigung der von der Türkei und Serbien vorliegenden dringlichen Aufträge. Auf schon Weiter weist das allerdings nicht hin.

— Ein auffallend mildes Urteil fällt das Kriegsgericht in Thorn gegen einen Hauptmann, dieser war angeklagt der Gehoramsverweigerung und der Abtätigung seines Militär gegenüber und erhielt nach unter Ausschluß der Öffentlichkeit durchgeführten Verhandlung — 14 Tage Stubenarrest. Damit vergleiche man die Strafen, welche wegen der gleichen Mente Soldaten zu treffen pflegen!

— Der Reichstag hat für die 1916 in Berlin abzuhaltenden Olympischen Spiele als 1. Rate des Reichszuschusses von 200 000 Mk. 46 000 Mk. bewilligt. — Das ist hinausgeworfenes Geld.

— Im Deutschen Reich, der Gottesfurcht und frommen Sitte ist im Jahre 1912 die Zahl der wegen Verbrechen verurteilten Personen unter 18 Jahren gegenüber 1911 um 4000 gestiegen und beträgt — 53 000. Eine wahrlich erschreckende Ziffer!

— **Reisendekreier in München.** Im Ladenfenster einer Wegerei in Schwabing kann man lesen: „Mild gehaltenes Bauernfleisch.“ Hoffentlich ist es nicht zu fett.

— Im „Jöralict“ Nr. 52 vom 24. Dezember 1913 findet sich folgende bemerkenswerte Anzeige: „Welder vermögende fromme Vater leicht cand. med. (9. Semester) die monatlichen Beiträge zur Beendigung seines Studiums bei späterer evtl. Heirat der Tochter. Off.“ ... Kommentar überflüssig.

— Der Sektionschef im österreichischen Eisenbahnministerium Siegmund Sonnenstein ist der Ritterstand mit Rücksicht der rare verliehen worden. ... Daiferich Adel! Semigolha! Tout comme chez nous ...

— Ein Gefesseblich des Rehm-Gebotes-Vorstand im Preussischen Abgeordnetenhaus: „Schon wieder ist ein Fall vorgekommen, daß ein Rittergutsbesitzer seinen Bullen in Laage nicht einem liberalen zur Dedung einer Kuh zur Verfügung stellen wollte. Der Mann muß also mit der Kuh zu einem liberalen Bullenbesitzer in die Nachbarschaft gehen. Wenn freisinnige Kühe zu den liberalen Bullen gehen, wird sich ein bedeutender Rückgang des konfervativen Rindviehs bemerkbar machen.“ ... Volksführer Lejer!

Ärztliche Ständevereine.

Die Berliner Ärzte-Korrespondenz veröffentlicht das Ergebnis der Wahlen in den Berliner ärztlichen Ständevereinen. Eine Reihe dieser Vereinswahlen ist lehrreich. In Königstadt beispielsweise finden wir die Namen: Cassel, Nitrodski, Badi, Munter; in der Friedrichstadt: Leby-Dorn, Flatow, Mosser; in Westberlin: Friedländer, Wolfsohn, Löwenthal, Cohn, Schlesinger, Marcuse, Fersfeld; im Südwest: Davidsohn, Cohn, Friedländer, Alexander, Fülvermacher; in der Rolenthaler und Schönhauser Vorstadt: Margoniner, Deutsch, Löwenthal, Alexander, Berser, Samter, Dramenburger Vorstadt: Cohn, Hirch, Loby Cohn; Osten: Leibholz, Schönheimer, Melowitzer, Refflich, Seeligsohn, Rolenthal. Unter dieser Fülle von Namen von besonderem Heimaatklang findet sich nur ganz spärlich verstreut da und dort einer, der anderen Charakter trägt. Jedenfalls gewähren diese Wahlen ein liebreizendes Bild von der Zusammensetzung der ärztlichen Ständevereine und lassen Rückschlüsse zu auf die Zusammensetzung der Berliner Ärzteschaft überhaupt, die nicht gerade lieb in deutsche Ohren klingen!

Herr Levy aus Danzig.

Wir hatten feinerzeit darüber berichtet, daß der Danziger Frauenarzt Dr. Levy aus purer Geldgier fortgesetzt Verbrechen wider das feimende Leben begangen hatte und dieselbe zu ein paar Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. Wir hatten diesen Feststellungen überaus sentimentale Betrachtungen eines Danziger Sozialblattes angefügt, in denen das Schicksal dieses „angelegenen Mannes“ auf das Tiefste beklagt wurde. Nun hat das Danziger Schwurgericht den „angelegenen Mann“ auch noch wegen Verbrechen gegen § 218 des Strafgesetzbuches zu einem Jahr Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust verurteilt, was, zusammengezogen mit der Strafe, die er gegenwärtig im Graudenzener Zuchthaus verbüßt, eine Gesamtstrafe von 5½ Jahren Zuchthaus und 8 Jahren Ehrverlust bedeutet. So leben die angelegenen Leute der Freisinnspresse aus! Wenn dieser Gentleman einen anderen Namen trüge, was würden dann wohl dieselben Leute sagen? Man fühlt immer wieder heraus, daß sie wie Ketten aneinanderhängen, daß sie einander auch dann nicht fallen lassen, wenn einer von den Zehnen zum Schwerverbrecher herabgesunken ist. Eigentlich sollten wir lernen von ihnen.

Brillantgrün als Medizin.

Es ist kein Druckfehler, lieber Leser! Wenn du in dem neuesten Heft 11 der von Prof. Ehrlich und Genossen herausgegebenen Zeitschrift für Chemotherapie und verwandte Gebiete nachschlägst, so findest du auf Seite 1197 ff. einen recht interessanten Aufsatz über „Die Bedeutung der Farbstoffe in der Medizin“ und erfährst auch, daß das Brillantgrün das Sulfat des Tetraäthylpiperamidodiphenyltartrins ist. Der Farbstoff soll die Wirkung haben, daß ein Stotterer als geblüht zu erachten ist, wenn er das schöne Wort ausspricht, ohne anzustößen; im übrigen haben stark glühige Wirkungen unangenehme Nebenwirkungen.

Eine beschwindelte Stadterwaltung.

Man schreibt uns aus Gnesen: Mit einem nicht alltäglichen Betrugsfall hatte sich die hiesige Strafkammer zu beschäftigen, vor der als Angeklagte die frühere Hausdame des Bürgermeisters in Weichen sich zu verantworten hatte. Dem Dienstmädchen des Bürgermeisters war beim Fensterreißen ein Fensterflügel entglitten und auf die Straße gestürzt. Die damals bei dem Bürgermeister als Empfangsdame angestellte Helene Lechner aus Weichen erbot sich dem weinenden Dienstmädchen gegenüber, alle Schuld auf sich zu nehmen, jedoch müsse das Mädchen angeben, daß der Unfall tatsächlich ihr, der Empfangsdame zugefallen sei, worauf das Mädchen unbegreiflicherweise einging. Die Angeklagte machte nun der Stadt Weichen gegenüber, die Eigentümerin des betreffenden Hauses ist, geltend, sie habe sich beim Heben des schweren Fensterflügels verletzt, und tatsächlich diagnostizierten bald darauf

die Ärzte bei ihr eine Blinddarmentzündung, die einen längeren Aufenthalt in einer Anstalt nötig machte. Die fündige Dame erhob nun an die Stadt Weichen Entschädigungsansprüche und setzte auch durch, daß ihr eine Abfindungssumme von 4000 Mark gezahlt wurde. Der wahre Sachverhalt kam aber bald zu Tage und die junge Dame muß ihren so gewinnbringend scheinenden Einfall mit drei Monaten Gefängnis büßen, da das Gericht Betrag für vorliegend erachtete.

Vor der Kölner Strafkammer fand ein großer Spielerprozeß statt. Angeklagt waren die Kaufleute Weinberg, Nathan, Levy und David wegen Falschspiels. Sie hatten mit Hilfe von Schleppern eine große Anzahl von Personen aus Köln, Frankfurt und vom Oberrhein bedeutende Summen abgenommen. Manche Leute hatten an einzelnen Abenden 20 000 Mark verloren. Ein Sachverständiger erklärte, daß er selbst Stunden hindurch mit ihnen gespielt hätte, ohne ihre Spielmanöver zu entlarven. Was Wunder, die Leute hießen: Weinberg, Nathan, Levy und David, lieber Leser!

Für das erste Ereignis des Prinzen zu Weiden auf albanischem Boden ist auch die Uniformfrage entschieden worden. Der Prinz wird eine der türkischen Marschalluniform ähnliche Pantalon-Uniform, aber mit der albanischen Kopfbedeckung tragen. Esad Pascha wird den Titel „Erzengel“ erhalten, wodurch seine bisherige hervorragende Stellung ihren Ausdruck finden wird. Die Urprincliche Absicht des Prinzen, die sehr malerische Johanniter-Uniform anzulegen, wurde aufgegeben, da das große Kreuz auf der Uniform die Empfindlichkeit der Mosammedaner hätte verletzen können. Die „Regierungs“-Vorhaben also schon begonnen, und zwar, wie es sich für einen ehemaligen preussischen Offizier von selbst versteht, die — der Uniform.

Wolf Wertheim flüchtig?

Die Zeitungen berichten von einer öffentlichen gerichtlichen Verlautbarung, in der es heißt: „Wolf Wertheim unbekanntem Aufenthaltsort.“ Das ist der Schlüsselstein der Tragödie, die um Wolf den Guten und sein Tüchchen spielt. Mit fünf baren Millionen fürzte sich der Unbekannte vor rund fünf Jahren in den Strudel der Spekulationen, und als armer Mann irrte er nun im Auslande umher, verfolgt von den Schulden, die er obenrein noch auf sich lud und verfolgt von den Verwünschungen von Tausenden von brotlosen Angestellten, die er aus dem sicheren Hafen guter Stellungen in die tosende See hinauslockte, von wo es keine Wiederkehr gab. Es gehört wirklich fast mehr als Chuzpe dazu, das Auftreten des Sternes Wolf Wertheim im Berliner Geschäftsleben einen Segen zu nennen. Diese höchst sonderbare Auffassung vertritt ein Herr, der sich doch wohl Kaufmann nennt und als solcher vom recht kaufmännischen Gesichtspunkte aus die „Deutsche Konfektion“ herausgibt: Herr Ludwig Traube. Er sagt allen Erstes, daß Wolf Wertheim eine „große Aufgabe erfüllt“ und „viel

Segen gestiftet“ habe! Er habe Geld unter die Leute gebracht und zwar nicht nur das Vermögen Wolf Wertheims selbst, sondern auch das Geld von Personen, gegen die dieser selbst ein armer Schuldner gewesen wäre. Wenn von den 300 Millionen der Fürstin Hohenlobe und Fürstentum Tausende von Angestellten jahrelang gelebt und zahlreiche Fabrikanten gewinnbringende Aufträge erhalten hätten, so werde kein vernünftiger Mensch in dieser Schröpfung unserer reichsten Großkapitalisten ein wirtschaftliches Unglück sehen. Wolf Wertheim hätte zweifellos klüger gehandelt, wenn er sein großes Vermögen in sicheren Werten angelegt und in heitrem Mühsigange verzehrt hätte. Der Fürstentum wäre um 20–30 Millionen reicher, die Allgemeinheit aber um den gleichen Betrag ärmer. „Wäre dies etwa“, so fragt Herr Traube, „wünschenswert?“ Und er findet auf diese Frage die entzückende Antwort, die er offenbar für so bedeutend hält, daß er sie in fette Lettern setzt: „Wenn Wolf Wertheim durch seine Gründung in wenigen Jahren 20 Millionen und mehr verwirtschaftet hat, so hat er dadurch mehr für die Allgemeinheit geleistet, als zahlreiche behäbige Nichtstuer, die von ihrer Leute zehren.“ Mit dieser Gemütsbefahrung kann man ja wohl Herrn Ludwig Traube allein lassen. Er hat sich wieder einmal mit beträchtlichem Ruhme befledert!

Zur Sache selbst erfahren wir noch, daß sich der „unbekannt Verzogene“ bis in die letzte Zeit hinein im „Hotel am Zoo“ am Rürfürstendam angehalten hat. Inzwischen soll er ein ausländisches Sanatorium aufgesucht haben, wo er Heilung von seinen seelischen Depressionen und majochistischen Neigungen erhofft.

Bei Einkäufen empfehlen sich:

- Alexander Blau**
Tapiserie, Posamenten, Trikotagen und Wollwaren.
Geschäft besteht seit 1853. **Leipzigerstrasse 99.**
- Richard Elze**
Grösste Auswahl in Posamenten, Trikotagen, Kurz-, Woll- und Weisswaren. — Neu aufgenommen: **Putz.**
Gegründet 1883. Marktplatz 6.
- W. F. Wollmer**
Posamenten, Strumpfwaren, Trikotagen, Wollwaren.
Gegründet 1769. **Gr. Ulrichstrasse 4.**
- H. Schnee Nacht, A. & F. Ebermann.**
Spezialität Trikotagen, Strümpfe.
Gr. Steinstr. Nr. 34.
- Gust. Liebermann**
Herrenartikel, Wasche, Trikotagen, Strümpfe, Wollwaren.
Geiststr. 42.

Reinhold Grünberg

Leipziger Straße 21 empfiehlt Leipziger Straße 21

== Oberhemden ==

nach Mass unter Garantie für guten Sitz.

<p>Normalhemden</p> <p>Reformhemden</p> <p>Maccohemden</p> <p>Unterjacken</p> <p>Unterbeinkleider</p>	Schlipse.	<p>Nachthemden</p> <p>Uniformhemden</p> <p>Kragen</p> <p>Manschetten</p> <p>Serviteurs.</p>
--	-----------	--

Umstands-Korsetts

Leibbinden

ärztlich empfohlen

Damenbinden

à Dutzend von 70 Pfg. an

Spezial-Korsett-Fabrik

Bernhard Haeni

Halle a. S.

Schmeerstrasse 2. Schmeerstrasse 2.



Cordes'sche

Bekleidungs-Akademie

Halle a. S., Gr. Steinstr. 24 II.

Für Zuschneider, Direktrinnen und Schneiderinnen gründlichste und erfolgreichste Ausbildung — Kostenloser Stellen-Nachweis. Bei den vielen Nachfragen nach Zuschneidern und Direktrinnen sind wir sehr oft nicht in der Lage, alle Stellen besetzen zu können. Zahlreiche freiwillige Anerkennungs-schreiben von Chefs und Schülern.

Für Familienbedarf

Extra-Kurse in Damen- und Wäsche-Schneiderei.

Schnittmuster-Verkauf.

Naheres durch Gratis-Prospekt.

Zum 1. Juni dieses Jahres suchen wir einen tüchtigen **Maschinenmeister.**

Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen erbeten. Absteht-Schellerter Zuckerfabrik in Schellerten, Pr. Hannover.

Sport-Artikel

für

Fussball-, Tennis-, Hockey-Spieler, Radfahrer, Ruderer, Turner sowie für Leichtathletik und Touristik empfiehlt

in grosser Auswahl sehr preiswert

H. Schnee Nacht, A. & F. Ebermann

Halle a. S., Gr. Steinstrasse 34.

Schneidergehilfen

tüchtigen, sucht sofort: Fr. Bertram, Schneidermeister in Blankenburg a. H. Mauerstrasse Nr. 8.

Suche zu Ostern für 8 Jahr. Knaben und 5jähriges Mädchen eine geprüfte

Erzieherin

welche schon m. Erfolg unterrichtet hat. Angebote mit Zeugnisabschriften u. Gehaltsansprüchen an Frau Berta Grabau, Rittergut Hohenberg, bei Goldbeck i. d. Altmark.

Die Direktorstelle

der Aktien-Zuckerfabrik Hessen (Braunschweig) ist zum 1. Juli er. oder später zu besetzen.

Der Vorstand der Aktien-Zuckerfabrik Hessen.

Halle'sche Reform.

Volkswirtschaftlicher Rat-



geber für den Mittelstand.

Abonnements-Bedingungen.

Die „Halle'sche Reform“ erscheint am 1. und 15. jeden Monats. Der Abonnementspreis beträgt in Halle: frei in's Haus 1 M. 50 Pfg. Durch die Post: 1 M. 63 Pfg. inkl. Bestellgeld. (Post-Zeitungsliste Nr. 3393.) Durch Kreisband bezogen 2 M. 25 Pfg. für drei Monate. Einzelnummer 20 Pfg. — Inserate: Die fünfgepaltenen Petit-Zeile 20 Pfennig.

Alle Sendungen sind an Redakteur C. Schröder, in Halle a. S. Mittelstraße 6 zu richten.

Nr. 6.

Halle a. S., den 15. März 1914.

21. Jahrgang.

Zur Beachtung!!

Der Mittelstandsbund für Halle a. S. und den Saalkreis versendet die „Reform“ auf's Land mit der Bitte, diese Zeitung bei dem zuständigen Postamt zu bestellen. Die Briefträger nehmen die Bestellungen auch entgegen.

Bezugspreis pro Quartal 1,60 M.

Warum sind Sie so reger Antisemit?

Mit dieser Frage pflegen die Mitbürger an mich heranzutreten. Die Belehrtung wäre zu lang, darum gebe ich stets zur Antwort: „Aus Ueberzeugung!“

Ich werde versuchen, diese durch nachstehende Ausführung auch bei den irreführten Mitbürgern zu wecken.

Der Grundgedanke ist der:

Die Zukunft unseres Volkes hängt zu einem großen Teile davon ab, ob es gelingt, es mit zuverlässigem Nationalgefühl und mit klarem, politischen Verständnis zu erfüllen. Wie wenig der Deutsche heute sein wahres Interesse versteht, wie leicht er sich durch Schlagworte betören läßt, das wissen wir nur zu gut. Mit Recht erblickt man deshalb in der Erziehung unserer Jugend zu bewusster und tätiger Einordnung in die staatliche und völkische Gemeinschaft eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart, aber auch die Erwachsenen sind der nationalpolitischen Gewöhnung und Erziehung noch recht bedürftig. Gewiß ist auf diesem Gebiete schon von den Parteien manches geleistet und eine Reihe von nationalen Vereinen und Verbänden sind eigens für diese Arbeit begründet worden. Aber der Erfolg steht zu der Mühe und den angewandten Mitteln noch immer in keinem rechten Verhältnis. Es ist in der Regel immer wieder derselbe Kreis ohnehin schon nationalgesinnter Männer, der von der Arbeit dieser Verbände erfährt und ihre Organe, ihre Flugblätter und Flugblätter und Reden verwehen im Winde, nur fort-dauernde Einwirkung ist heutzutage eben nur durch die Presse möglich.

Leider hat das Volk Juda sein Ziel, die gesamte Presse in seine Hände zu bekommen, erreicht. Die Presse leistet

Grunddienste für das jüdische Volk.

Von der bläutrotten bis zur blutroten Zeitung aus geschäftlichen Interessen — fette Judeninserate — ihres Verlegers. Aus diesem Grunde kann man die Angst des Verlegers wohl begreifen und die Macht der jüdischen Tyrannen erkennen.

Die politische Belehrtung, die wir brauchen, gibt uns unsere Presse nicht.

Noch ist die große Mehrzahl der Deutschen aus süßer Gewohnheit und aus lokalem Interesse auf bürgerliche Blätter abonniert. Was findet er da? — Nun, meistens findet er nichts als leere Schlagwortkämpfe, ohne ernsthaften sachlichen Gehalt geperrt, und meist wird er mit mageren Phrasen-Suppen abgsperrt, mit bald konservativen, bald liberalen Geschmackzutaten. Das Politische wird mehr und mehr überdeckt durch das Unkraut des Lokalen und des Vermischten. Unsere Presse ist davon abgenommen, klares, sachliches Denken und warmes nationales Empfinden bei den Lesern zu erwecken, mit Vorliebe wird gekehrt mit den Schlagworten: Liebesgabe, Großblut, stickenloser Volkstanz, Mittelstandspolitik, unverbinderter Wertzuwachs, Schuß der Arbeitswilligen. Das ist ein Teil der vielen unstrittenen politischen Schlagwörter, die dem Zeitungsleser je nach Umständen angenehme Empfindungen oder ein gelindes Guckeln verursachen, meist ohne daß

er auch nur annähernd weiß, was sie denn eigentlich bedeuten und welcher Tatbestand ihnen zu Grunde liegt. Die wichtigste Aufgabe der Presse besteht hier also darin, daß sie zunächst den Streitgegenstand selbst und dann die Standpunkte der verschiedenen Parteien und die Gründe, die diese anführen, so sachlich und objektiv wie nur irgend möglich auseinandersetzt. Geschieht das, so verliert das Schlagwort den größten Teil seiner Kraft, denn nun kann jeder sich selbst ein Urteil bilden, und wer erfolgreich kämpfen will, der muß jetzt mit Gründen kämpfen.

Die Not ist groß und liegt offen zutage. Der Kaufmann, der Handwerker, der mittlere Landwirt u. a. m. wissen heute nicht mehr, wie sie ihr Dasein aufrecht erhalten können.

Opferwilligkeit und Idealismus, starker Wille und politischer Verstand haben vor hundert Jahren Deutschland aus der Knechtschaft befreit und zu einem neuen staatlichen und völkischen Leben den Grund gelegt. Heute gelten diese Ideale als gänzlich verloren, das Volk fühlt sich wohl in dem eingerissenen Schlemmerleben, unbedenklich, wohin dies führt.

Was Stein und Scharnhorst und die anderen Großen damals begonnen haben, das muß die Gegenwart fortführen.

Um dies zu ermöglichen, ist es unsere Pflicht, unsere inneren Feinde,

das Judentum

zu bekämpfen, nicht um dessen Person, sondern um des jüdischen Geschäftsgebahrens willen und aus dem Grunde, weil das Judentum Förderer der Sozialdemokratie, der Umsturzpartei, ist.



Das deutsche Familienleben ist gerettet, das deutsche Volk zu begehren, ist die Rabbinergattin Henriette Goldschmidt Vorsitzende des „Vereins für Familien- und Volkserziehung zu Leipzig“.

Der reine Hohn!

Weiter: Nachdem die Juden systematisch die deutschen Geschäftsleute ruiniert haben und Abertausende

von den ihnen dadurch als Sklavinnen ausgelieferten deutschen Mädchen der Schande in die Arme getrieben haben, hält uns die Jüdin Henriette Fürtz Vorträge über Unsitlichkeit (Prostitution zu Leipzig).

Der reine Hohn!

Weiter: Nachdem die Juden die deutschen Männer aus dem Geschäft gedrängt und so dem Trunt zugetrieben haben, hat Frau Anita Bessner zu Leipzig die Zeitung des alkoholgegnerischen Anguste-Schmidt-Hauses, einer deutschen Stiftung zu Leipzig. Als ob es nicht Hunderte von deutschen Frauen gibt, die für diesen guten Posten geeignet wären.

Überall in der Frauenbewegung führen Jüdinnen das große Wort und die oben erwähnte Rabbinergattin Goldschmidt ist auch im Vorstand der neugegründeten Frauenhochschule zu Leipzig.

Ist es nicht eine Schmach, daß die Frauen der deutschen Stadt Leipzig so ganz von Jüdinnen geführt werden? Könnten sie sich nicht vom jüdischen Geiste frei machen?

Wie aber auch die deutschen Männer von den Juden am Narrenseil geführt werden, das geht am deutlichsten aus folgendem hervor.

Wir haben in Deutschland eine sogenannte Volksvertretung, welche man gut mit dem Schamler der kleinen Kinder vergleichen kann.

Das Kind saugt daran im guten Glauben, daß es aus demselben etwas herausaugen kann.

Dem Volk gibt man zur Verhütung ein Parlament, um ihm die Idee zu geben, daß es vertreten sei.

Wie aber diese Vertretung beschaffen ist, das zeigt die hohnvolle Tatsache, daß als Vertreter des arbeitenden deutschen Volkes jüdische Kapitalisten aufgestellt sind. Daher kommt es, daß diese Vertreter eitel Spiegelfechterei treiben und dem Kapitalismus im Ernst kein Haar krümmen.

Dieser Kapitalismus, der in Wahrheit regiert, wie des Kaisers Vertrauter Rathenau ganz richtig sagt: „Nicht die Fürsten regieren, sondern ein Bund von jüdischen Männern regiert.“

Ob wohl der Kaiser diese Aeußerung gehört hat? Wenn er von derselben gehört hätte, so konnte er doch nicht mit diesem Juden Rathenau verkehren.

Die deutschen Männer werden ebenso wie die deutschen Frauen von den Juden genasführt mit blutigem Hohn.

Ein Prediger in der Wüste.

Der Rabbiner Dr. Länger in Göttingen erklärt in der „Straßburger Jüdischen Wochenschrift“, daß es eines Juden unwürdig sei, sich an Kennen zu beteiligen und sie durch Weiten zu fördern. Er sagt, ein Jude darf keine Tierquälerei fördern; ein Jude darf nicht auf Wettgewinne spekulieren. Mit beiden steht der Jude in scharfem Gegensatz zu seiner Religion.

Danach ist zu erwarten, daß man hinfort auf den Rennplätzen keine Juden mehr zu Gesicht bekommen wird. Heil!

Eine „saine“ Kampfweise.

Zu den hervorsteckendsten Klassenfeindlichkeiten des Judentums gehören bekanntlich Haß und Rachsucht. Das alte Testament weist zahlreiche Beispiele auf, wo diese Klassenfeindlichkeiten in erschreckender Weise zum Ausdruck kommen. Wie sind die Juden beispielsweise nicht mit den von ihnen besiegten Völkern verfahren! Haß und Rachsucht feierten da Orgien, denen wir einfach verständnislos gegenüberstehen, wenn diese grausamen Charakterzüge nicht auch heute noch im allgemeinen das Judentum zierten. Die Juden des alten Testaments betrachteten jedes fremde Volk als minderwertig, als eine Nation von Sklaven, eigens zu ihren Diensten geschaffen. Und auch heute noch sieht der Jude selbst da, wo er die